

Eine Analyse

# Standseil- oder Gondelbahn? Der Landrat legt sich nicht fest

Die Regierung will keine Gondelbahn nach Braunwald bauen und dazu die Meinung der Landsgemeinde abholen. Jetzt macht ihm der Landrat einen Strich durch die Rechnung. Das kann zu einem Fiasko führen.

von Daniel Fischli

Es war einmal ganz einfach: Im September 2021 waren von einmal einem halben Dutzend Varianten für die neue Erschliessung von Braunwald noch deren zwei übrig. Die Regierung gab damals bekannt, dass sie den Bau einer Gondelbahn zusätzlich zur Standseilbahn oder aber den Neubau der Standseilbahn ohne zusätzliche Gondelbahn weiter verfolgen wolle. Seither konzentrierten sich die Diskussionen auf diese beiden Varianten. Die Regierung gab dann im Mai 2023 bekannt, dass sie sich für die Variante ohne Gondelbahn entschieden habe, was sogleich zu einem Aufschrei in Braunwald führte, wo man die Gondelbahn als überlebensnotwendig für den Tourismus ansieht. Jetzt hat der Landrat am Mittwoch entschieden, noch nicht zu entscheiden, und wieder alle möglichen Varianten aufs Tapet zu bringen. Oder in den Worten von Hans-Heinrich Wichser (SVP, Braunwald): «Lassen wir die Zukunft entscheiden!»



«Lassen wir die Zukunft entscheiden»: Hans-Heinrich Wichser will keine Nägel mit Köpfen machen.

Bild Alexia Beccaletto

## Das ist passiert

Kurz nach dem Entscheid der Regierung gegen die Gondelbahn haben Toni Gislser (SVP, Linthal) und Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner einen Memorialsantrag eingereicht, der einen Grundsatzentscheid durch die Landsgemeinde forderte. Sie erhofften sich, die Landsgemeinde werde sich für die Gondelbahn aussprechen. Implizit geht auch der Memorialsantrag davon aus, dass nur noch zwei Varianten im Raum stehen.

Der Regierungsrat erklärte, der Memorialsantrag sei rechtlich nicht zulässig, was schliesslich dazu führte, dass er zurückgezogen wurde. Gleichzeitig kam die Regierung offenbar zum Schluss, dass es nicht das Dummste wäre, die Meinung der Landsgemeinde abzuholen. Dazu wählte sie das Vehikel des neuen Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Darin sollte festgeschrieben werden, dass Braunwald durch eine Standseilbahn erschlossen werde. Wenn die Landsgemeinde eine Gondelbahn wolle, könne sie diesen Passus ändern, so die Regierung.

Mit ihrem gut gemeinten Vorschlag ist die Regierung jetzt im Landrat aufgelaufen. Als Alternative zum regierungsrätlichen Passus, dass Braun-

wald per Standseilbahn erschlossen werde, brachte die vorbereitende Kommission einen neuen Vorschlag ein: «Braunwald wird mit dem öffentlichen Verkehr direkt oder indirekt zum Hüttenberg erschlossen.» Das Gesetz solle nicht vorschreiben, mit welcher Technik Braunwald erschlossen werde, so die Kommission.

## Der Nicht-Entscheid

Obwohl im Landrat gewarnt worden ist, der Vorschlag der Kommission habe keinen Inhalt, ist er deutlich angenommen worden. Dafür stimmten die Grünen geschlossen und die FDP fast geschlossen. Die andern Fraktionen waren mehr oder weniger gespalten.

Dem Passus, wie er jetzt vom Landrat beschlossen worden ist, kann auf alle möglichen Arten Genüge getan werden: Mit einer Gondelbahn in den Hüttenberg, wie sie in Braunwald gewünscht wird. Oder aber auch mit einer Standseilbahn bis zur heutigen Bergstation, wie sie die Regierung bauen will. Einfach mit einer – wie auch immer gearteten – ÖV-Verbindung bis zum Hüttenberg. Ein auch nur halbwegs klarer Auftrag

an die Regierung geht daraus nicht hervor.

## Kompromiss ohne Chance

Adrian Hager (SVP, Niederurnen) hat versucht, die Bruchlandung abzuwenden. Er nahm das Anliegen auf, den Hüttenberg zu erschliessen, wo die Drehscheibe der Sportbahnen ist und alle Skifahrer und Snowboarderinnen hingebacht werden müssen. Gleichzeitig wollte Hager aber auch die Standseilbahn im Gesetz festschreiben. Sein Vorschlag: «Braunwald wird mittels Standseilbahn erschlossen, der Hüttenberg ist ab der Bergstation zu erschliessen.» Der Bau einer Gondelbahn sei «schlicht und einfach illusorisch», so Hager. Er unterlag im Rat.

Dass die Gondelbahn eine Illusion sein könnte, dämmert offenbar auch ihren (ehemaligen) Verfechterinnen und Verfechtern. So machte sich im Rat niemand für diese Variante stark. Aber für den offenen Antrag der Kommission. Mathias Zopfi (Grüne, Engi) meinte, man solle jetzt nicht etwas zementieren, bevor man eine Auslegung gemacht habe. Oder Martin Zopfi (FDP, Schwanden) argumentierte, man solle «Raum lassen für künftige

Diskussionen». Und Remo Goethe (FDP, Glarus) appellierte: «Wir sollten den Mut haben, uns nicht schon heute auf eine bestimmte Lösung festzulegen.»

## Der Baudirektor ätzt

Baudirektor Thomas Tschudi ätzte, es sei interessant, dass der Variantenfächer jetzt wieder aufgemacht werde. Und er appellierte vergeblich, wenn man keinen Grundsatzentscheid fällen wolle, könne man den Passus auch gleich weglassen: «Geben sie sich einen Ruck und streichen sie den Artikel!»

Das Gesetz kommt am ersten Mai-sonntag vor die Landsgemeinde. Wenn auch sie sich vor dem Grundsatzentscheid drückt und der Regierung keinen klaren Auftrag gibt, kann dies zu einem Fiasko führen. Die Regierung hat dann nämlich freie Hand, die Variante Standseilbahn ohne Gondelbahn weiterzutreiben. Irgendwann wird sie mit einem Baukredit vor die Landsgemeinde kommen müssen. Und niemand weiss, was die Landsgemeinde dannzumal beschliessen wird. Im schlimmsten Fall eine Rückweisung mit dem Auftrag, jetzt doch die Gondelbahn zu planen. Damit wären Jahre der Planung vergebens gewesen.

## Kontrolleur beanstandet Frittieröl

Beim Frittieröl, das in der Gastronomie verwendet wird, läuft nicht alles wie geschmiert.

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit ALT, das für die Kantone Glarus und Graubünden zuständig ist, hat die Qualität des Frittieröls von mehreren Schnellimbiss-Lokalen, Restaurants und Kantinen beanstandet. Die Untersuchungen seien 2024 in Gastronomiebetrieben in den Kantonen Graubünden und Glarus gemacht worden, steht in einer Mitteilung aus dem ALT.

In 19 von 569 Fällen zeigten die Proben verdorbenes Frittieröl. In acht der beanstandeten Fälle stammten die Proben aus dem Glarnerland. Die 19 Fälle entsprächen 3,3 Prozent der entnommenen Proben, bei denen der gesetzlich festgelegte Höchstwert des «Total Polar Material (TPM)» überschritten worden sei, steht in der Mitteilung weiter. TPM sei ein Mass für den fortschreitenden Fettverderb.

Im Kanton Glarus waren es acht von 128 Proben oder 6,3 Prozent, bei denen dieser gesetzlich festgelegte TPM-Höchstwert von 27 Prozent überschritten wurde. Spätestens wenn dieser Wert erreicht wird, muss das Frittierfett gewechselt werden.

## Nicht heisser als 175 Grad Celsius

Die Qualität von Frittierölen sei entscheidend für die Zubereitung von Speisen wie Pommes frites oder Schnitzel, heisst es weiter. Eine unsachgemässe Handhabung könne jedoch dazu führen, dass diese Öle schnell verderben und ungeniessbar würden.

Um die Qualität des Frittieröls zu gewährleisten, sei es wichtig, die richtige Temperatur beim Frittieren nicht zu überschreiten: «Experten empfehlen eine maximale Temperatur von 175 Grad, um das Öl und das Lebensmittel zu schonen.» Ein sensorischer Befund könne ebenfalls Aufschluss über die Ölqualität geben; stechende Gerüche oder ranziger Geschmack seien klare Indikatoren für einen Verderb.

Bei den beanstandeten Betrieben werde die Gebühr für die Aufwendungen der Kontrolle erhoben, erklärte der Bündner Kantonschemiker Matthias Beckmann gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Gefragt sei auch Selbstkontrolle. Die Qualität von Frittieröl beziehungsweise der Zeitpunkt, wann es gewechselt werden muss, könne jederzeit mit Messgeräten überprüft werden. (sda/red)

# Auch die Glarner Regierung bewilligt das Klausenrennen 2026 grundsätzlich

Nach der Urner Regierung hat auch der Glarner Regierungsrat der Wiederaufnahme des historischen Klausenrennens eine Grundsatzbewilligung erteilt. Der Anlass soll im September 2026 stattfinden.

Die Oldtimer-Veranstaltung könne für den Tourismus und die Wirtschaft positive Effekte auslösen, heisst es in der Mitteilung des Departements Sicherheit und Justiz vom Mittwoch.

Das Rennen, an dem vom 25. bis 27. September 2026 um die 400 historische Vorkriegsfahrzeuge teilnehmen sollen, ist auf der 21,5 Kilometer langen Originalstrecke des Bergrennens von Linthal zum Klausenpass geplant.



Neustart: Oldtimer fahren wieder von Linthal auf den Klausen.

Pressebild Diavolo Motor Classics

Der Anlass solle ähnlich wie die Memorial-Veranstaltungen durchgeführt werden, die von 1993 bis 2013 stattfanden. Voraussetzung für die Bewilligung des Rennens sei, dass die Umweltschutzmassnahmen «mindestens dem Niveau des Klausenrennens 2013 entsprechen», heisst es in der Mitteilung.

Das historische Klausenrennen fand von 1922 bis 1934 statt. Der Wettbewerb um den «Grossen Bergpreis der Schweiz» wurde zwischen den Weltkriegen insgesamt zehn Mal ausgetragen. Die Strecke des seinerzeit bekanntesten Bergrennens Europas galt als die schwierigste des Kontinents. (sda)

## Marcel Lötscher führt virtuellen Wahlkampf

Für die Regierungsrats-Ersatzwahl vom 9. Februar kandidiert neben FDP-Landrat Christian Marti aus Glarus auch der Parteilose Marcel Lötscher aus Schwanden. Er setze auf den Dialog mit der Bevölkerung über Social Media, hält Lötscher in einer Medienmitteilung fest.

Er lädt alle Bürgerinnen und Bürger des Glarnerlands dazu ein, ihre Anliegen, Ideen und Fragen über soziale Medien direkt mit ihm zu teilen. Dafür gibt er seine Daten an:

- LinkedIn: [linkedin.com/in/marcel-lotscher-399393204/](https://www.linkedin.com/in/marcel-lotscher-399393204/)
- Facebook: [https://www.facebook.com/profile.php?id=100015390960624/](https://www.facebook.com/profile.php?id=100015390960624)
- X: @lotscher\_marcel. (eing)